



NEWSLETTER VON DR. SASCHA RAABE AUSGABE 25 / 2013

Pressemitteilung der SPD-Kreistagsfraktion vom 6.9.2013

Nordmainische S-Bahn: Ramsauer lässt Region hängen

Schejna, Kawai und Raabe werfen Verkehrsminister Untätigkeit vor

Auf Initiative des Ersten Kreisbeigeordneten Dr. André Kawai hatten im Juli mehrere politisch Verantwortliche aus Hanau und dem Main-Kinzig-Kreis mit einem gemeinsamen Schreiben an Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer den Versuch unternommen, doch noch eine zügige anteilige Kostenübernahme des Bundes für den Bau der Nordmainischen S-Bahn zu erreichen. Der eindringliche überparteiliche Appell blieb ungehört. Jetzt kam die enttäuschende Antwort aus dem Ministerium. Laut Ramsauer ist der „volkswirtschaftliche Nachweis für das Vorhaben derzeit noch nicht darstellbar.“ Die Finanzierung könne daher nicht als gesichert angesehen werden. Damit droht der auch vom Main-Kinzig-Kreis unterstützte Vorschlag des Koordinierungsrates „Frankfurt RheinMain plus“ zum Kostensplitting aus Mitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) und des Bundesverkehrswegeplans zu scheitern.

SPD-Fraktionsvorsitzender Klaus Schejna, Dr. André Kawai sowie der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Sascha Raabe, der den Brief an Ramsauer ebenfalls unterzeichnet hatte, werfen dem Bundesverkehrsminister in diesem Zusammenhang Untätigkeit und eine „inakzeptable Hinhaltetaktik“ vor: „Das GVFG läuft 2019 aus. Wenn die angestrebte Mischfinanzierung klappen soll, muss angesichts der weiteren Planungsverläufe jetzt schnell eine Entscheidung her. Aber Ramsauer spielt auf Zeit, schiebt den schwarzen Peter der Bahn und dem Land Hessen zu und lässt die Region hängen.“ Aus ihrem Ärger machen die SPD-Politiker

keinen Hehl. Der Abgeordnete Dr. Sascha Raabe, der erst im Juni auf eine kleine Anfrage im Bundestag eine ähnlich lautende Antwort erhalten hatte: „Es ist mir völlig schleierhaft, wie man ernsthaft noch immer am Sinn der Nordmainischen S-Bahn zweifeln kann. Der Nutzen ist hinreichend belegt. Ramsauer schiebt hier Scheinargumente vor, um sich vor einer festen Finanzierungszusage zu drücken.“ Vergleichbare Entscheidungen in Bayern würden dagegen zügig erledigt. Raabe: „Wer nicht aus Ramsauer-Land kommt guckt in die Röhre.“ In dem Antwortbrief aus Berlin hatte es jetzt erneut geheißt, dass die „gesamtwirtschaftliche Sinnfälligkeit des Vorhabens“ nicht nachgewiesen sei. Für den Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion Klaus Schejna ein Unding: „Das Vorhaben ist für unseren Main-Kinzig-Kreis und darüber hinaus für den Verkehrsknoten Frankfurt von erheblicher Bedeutung – für die zahlreichen Pendler ebenso wie für den Wirtschaftsstandort. Nicht ohne Grund wird das Projekt so massiv von der IHK hier vor Ort eingefordert. Das kann man als Verkehrsminister doch nicht ignorieren.“ Schließlich gehe es, so Schejna, um eine vergleichsweise überschaubare Summe von rund 60 Millionen Euro: „Da fallen mir ganz andere Bahnprojekte ein, wie etwa Stuttgart 21, wo viel Geld mit zweifelhaftem Nutzen in die Hand genommen wurde. Hier bei uns wäre nun wirklich jeder Euro sinnvoll investiert.“

Auch der Initiator der gemeinsamen Aktion, Dr. Kawai ärgert sich: „Das Schreiben von Minister Ramsauer hat



Dr. Sascha Raabe, MdB

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Kontakt:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756

bei mir nur Kopfschütteln ausgelöst. Mit keiner Silbe wird hier auf die von uns angeführte Mittelreinstudie rekurriert, die auf eine zügige Finanzierungsentscheidung durch das Verkehrsministerium drängt, und mit keiner Silbe wird auf unser Schreiben inhaltlich eingegangen. Vielmehr wird erneut versucht in einem offensichtlich standardisierten Pro-Forma-Schreiben Verantwortung abzuschieben. Ich vermisse jede ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema und natürlich

wird auch der Wunsch nach einem direkten Gespräch, den schließlich eine ganze Region formuliert hat, ignoriert.“ Man werde, so Schejna, Kavai und Raabe, trotzdem weiter alles versuchen, damit die Finanzierungslücke geschlossen und die Nordmainische S-Bahn realisiert werden könne. Dabei richten sich die Hoffnungen auf einen Regierungswechsel und einen „neuen Minister, der nicht nur an Bayern denkt.“

Meldung vom 6.9.2013

Jeder kann seinen Beitrag leisten

SPD-Schattenministerin Cornelia Füllkrug-Weitzel und Dr. Sascha Raabe bei entwicklungspolitischer Diskussionsrunde im Bürgerhaus Rodenbach



Mit dem Kauf fair gehandelter und produzierter Lebensmittel, wie sie bei der Veranstaltung in gewohnt guter Qualität vom Weltladen Rodenbach angeboten wurden, kann jeder einen Beitrag dazu leisten, Hunger und Armut auf der Welt zu reduzieren. Diese Erkenntnis nahmen die vielen interessierten Bürgerinnen und Bürger mit nach Hause, die zu der Diskussionsrunde der Jusos Main-Kinzig ins Bürgerhaus Rodenbach gekommen waren. Gemeinsam mit Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin von Brot für die Welt und Mitglied im Kompetenzteam von Peer Steinbrück für den Bereich Entwicklungszusammenarbeit, dem SPD-Bundestagsabgeordneten und entwicklungspolitischen Sprecher Dr. Sascha Raabe, der Leiterin des Umweltzentrums der Stadt Hanau Gabriele Schaar-von Römer sowie Silke Polhede von „Helfen macht Schule“ e.V. diskutierten sie die Frage „Ist eine Welt ohne Hunger und Armut möglich?“. „Ich hoffe sehr, dass irgendwann alle Länder soweit entwickelt sind, dass sie keine Entwicklungszusammenarbeit mehr benötigen“, zeigte sich Raabe

vorsichtig optimistisch. „Bis dahin allerdings müssen wir die vielen armen Staaten mit einer guten Entwicklungszusammenarbeit dabei unterstützen, Hunger und Armut zu reduzieren“. Dafür gibt es viele Wege. Einige davon zeigten die Referenten während der Gesprächsrunde auf – und zwar vom globalen Kontext gerechter Welthandelsbedingungen über die AIDS-Bekämpfung in Afrika bis auf die lokale Ebene am Beispiel der "Fair Trade Town"-Projekte der Stadt Hanau und der Kopernikusschule mit der Förderung einer Partnerschule mit Berufsausbildung in Tansania. Allein durch sein Konsumverhalten, kann jeder seinen Beitrag leisten. „Beispielsweise durch den Kauf von Kaffee aus fairem Handel wird Kinderarbeit verringert und gerechte Löhne werden gefördert“, erklärte Sascha Raabe, der sich davon bereits häufig vor Ort ein Bild gemacht hat. Raabe kritisierte, dass Entwicklungsminister Dirk Niebel die Mittel für die Armutsbekämpfung gekürzt habe obwohl Deutschland sich international zu einer Verdopplung der Hilfen verpflichtet



Dr. Sascha Raabe, MdB

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Kontakt:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756



Füllkrug-Weitzel. „Falsch ist jedoch der Weg, den der aktuelle Entwicklungsmi-
nister Dirk Niebel einschlägt“, ergänzte
sie. Die deutsche Entwicklungszusam-
menarbeit sei derzeit vor allem auf die

Förderung der deutschen Wirtschaft
im Ausland ausgerichtet und nicht auf
die ärmsten Menschen weltweit. „Ein
Regierungswechsel muss her“, sagte
Füllkrug-Weitzel abschließend.

Pressemitteilung vom 4.9.2013

Wichtig ist ein Miteinander von Jung und Alt

Raabe im Gespräch mit Demografiebeauftragtem Kauck



Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Sascha Raabe hat sich dieser Tage in Berlin mit dem Demografiebeauftragten des Main-Kinzig-Kreises Carsten Kauck (Freie Wähler) getroffen. Zentrale Themen des Gesprächs waren die Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Kreis, die Pflegesituation vor Ort sowie die Lage bei der Kinderbetreuung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf allgemein. Gemeinsam plädierten Raabe und Kauck für „ein solidarisches Miteinander von Jung und Alt. In einer älter werdenden Gesellschaft müssen Probleme generationenübergreifend gelöst werden.“

Insbesondere die Wohnsituation Älterer wurde besprochen. Einig waren sich Raabe und Kauck, dass in Zukunft mehr altengerechter, also barrierefreier, Wohnraum benötigt werde. Dies müssten zum einen die Kommunen in ihren Planungen stärker berücksichtigen und zum anderen der Bund durch Förderprogramme unterstützen. Raabe: „Ziel muss es sein, altersgerechten und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Jeder muss die Möglichkeit haben, so lange wie es geht, in seinen eigenen vier Wänden alt werden zu können. Dazu gehört eine entsprechend eingerichtete, etwa rollstuhlgerechte, Wohnung und eine wohnortnahe medizinische Versorgung.“ Kauck wies in die-

sem Zusammenhang auch auf neue Wohnformen, wie zum Beispiel Mehr-
generationenhäuser, hin, die im Main-
Kinzig-Kreis immer beliebter würden:
„Auch wenn es die alte Großfamilie
nicht mehr so oft gibt, finden sich doch
immer mehr Junge und Ältere zu
Wohngemeinschaften zusammen, in
denen man sich gegenseitig hilft. Der
Bund als Gesetzgeber muss hier unter-
stützen und die Weichen in die richtige
Richtung stellen.“

Über solche neuen Betreuungsformen
hinaus müssten aber auch die Pflege-
einrichtungen und insbesondere die
Pflegeberufe weiter gestärkt werden.
Raabe: „Wer sich um die Pflege von
Kranken und alten Menschen küm-
mert, der muss anständig bezahlt wer-
den und dessen Arbeit muss in unserer
Gesellschaft mehr Anerkennung erfah-
ren, als es bisher der Fall ist.“

Kauck dankte Raabe für die gute Zu-
sammenarbeit und begrüßte sein En-
gagement um einen Interessenaus-
gleich zwischen Jung und Alt: „Ich ha-
be Herrn Dr. Raabe als jemanden ken-
nen gelernt, der für einen Dialog der
Generationen einsteht und dafür, dass
keiner auf der Strecke bleibt.“ Als De-
mografiebeauftragter erinnere sich
Kauck noch gut an die Äußerungen des
Bundesvorsitzenden der Jungen Union,
Philipp Mißfelder, der seinerzeit gefor-
dert hatte, alte Menschen sollten keine
künstlichen Hüftgelenke mehr bekom-
men. „Damals“, so Kauck, „war ich er-
freut, dass Herr Dr. Raabe als Bundes-
tagsabgeordneter aus dem Main-
Kinzig-Kreis gegen diesen Schwachsinn
klar Stellung bezogen hat. Derartige
Äußerungen polarisieren nur und tau-
gen nicht, die Herausforderungen des
demografischen Wandels zu bewälti-
gen.“



Dr. Sascha Raabe, MdB

Sprecher der SPD-
Bundestagsfraktion
für wirtschaftliche
Zusammenarbeit

Kontakt:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756



Kolumne Kinzigtal Nachrichten vom 2.9.2013

Wir sind Hanau – Nazis raus

Wir sind Hanau, Nazis raus. Die Botschaft war klar, als in der vergangenen Woche viele Hanauerinnen und Hanauer gegen die Kundgebung der NPD auf die Straße gegangen sind: Nazis haben in unserer Mitte keine Chance, rote Karte für braune Parolen. Gemeinsam mit Hanaus Oberbürgermeister Claus Kaminsky war ich selber in vorderster Reihe unter den Demonstranten. Und ich kann Ihnen sagen, ich fand es unerträglich, den dumpfen, menschenverachtenden Hetzparolen der NPD-Redner zuhören zu müssen. Ich engagiere mich seit vielen Jahren mit großer Leidenschaft gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, diskutiere als Abgeordneter häufig mit Schülern über das Thema, weiß aus meiner Erfahrung als Entwicklungspolitiker, unter welchen schlimmen Bedingungen Flüchtlinge nach Deutschland gelangen und warum sie ihre Heimat verlassen müssen – und dann muss man erleben, dass mitten in Hanau ausländischerfeindliche Hetzreden gehalten werden. Ich fand das abscheulich und habe das auch deutlich gemacht. Um meine Abscheu zum Ausdruck zu bringen, habe ich wie viele andere auch den braunen Dumpfköpfen den ausgestreckten Mittelfinger gezeigt.

Ich bin ein Mensch und keine emotionsloser Politroboter und ich stehe für klare Worte und Taten. Einige wenige sehen das offenbar anders, regen sich nun mehr über meinen sogenannten „Stinkefinger“ auf, als über die braune Hetze. Ich finde diese Debatte angesichts dessen, was an jenem Tag dort in Hanau verbreitet wurde, grotesk und würde mir wünschen, wenn all diejenigen, die sich jetzt mit erhobenem Zeigefinger über meinen gestreckten Mittelfinger auslassen, ihre Stimme lieber lautstark gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Alltag erheben. Es gibt nun wirklich wichtigeres, als irgendwelche Finger-Diskussionen. Ich jedenfalls bin mit mir völlig im Reinen: Nur durch mein energisches Einschreiten und Melden der volksverhetzenden Parolen beim Polizei-Einsatzleiter ist mit Hilfe von Claus Kaminsky die Kundgebung letztlich abgebrochen und sind in der Folge in anderen Städten bundesweit weitere NPD-Versammlungen verhindert worden. Das Signal, das von meiner Straf-

anzeige gegen den NDP-Bundevorsitzenden Holger Apfel ausgegangen ist, hat sogar dazu geführt, dass in Baden-Württemberg ein landesweites Redeverbot gegen ihn ausgesprochen wurde. Wenn das die Folge meines Handelns ist, kann ich nur sagen: alles richtig gemacht.

Der große Zuspruch, den ich dafür von vielen Bürgerinnen und Bürgern erhalten habe, macht Mut. Und es ist auch gut zu wissen, dass es eine große gesellschaftliche Zustimmung gibt, dass diese unsägliche Partei endlich verboten wird. Denn das ist doch das eigentliche Thema, um das es gehen sollte. Die NPD ist – daran kann kein Zweifel bestehen – eine menschenverachtende, antisemitische und rassistische Partei, die sich als Gegner unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sieht und die aufgrund ihrer verfassungsfeindlichen Ausrichtung verboten gehört.

Nur mit einem Parteiverbot würde der NPD der Deckmantel der Legalität genommen. Die Partei könnte das demokratische System nicht weiter zur Verfolgung ihrer demokratiefeindlichen Ziele instrumentalisieren und ihre ausländischerfeindliche Hetze auf dem Rücken deutscher Polizisten austragen. Es ist doch völlig aberwitzig, dass – wie in Hanau erlebt – die Polizei aufgrund der geltenden Rechtslage gezwungen ist, das Demonstrationsrecht von rechtsradikalen Verfassungsgegnern zu schützen, und die NPD gerade durch jene rechtsstaatlichen Strukturen gestärkt wird, die sie selbst bekämpft. Es darf nicht länger angehen, dass unsere Polizisten gegen ihren eigenen Willen erhalten müssen, um das Verbreiten brauner Parolen zu ermöglichen. Das müssen wir durch ein energisches Vortreiben des NPD-Verbotsverfahrens endlich beenden. Und da sind alle demokratischen Kräfte gefordert, zusammenzustehen.

Braune Äpfel will kein Mensch, einen braunen Apfel in Hanau brauchen wir schon mal gar nicht. Und das muss man auch deutlich sagen und zeigen dürfen.



Dr. Sascha Raabe, MdB

Sprecher der SPD-
Bundestagsfraktion
für wirtschaftliche

Kontakt: Deutscher Bundestag

Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756



Meldung vom 2.9.2013

Schäfer-Gümbel, Maier und Raabe: Druck machen für die Nordmainische S-Bahn

„Alle müssen den Druck hoch halten, rund um die Uhr, damit die Nordmainische S-Bahn-Linie schnellstmöglich kommt.“ Thorsten Schäfer-Gümbel (rechts), SPD-Landeschef und Spitzenkandidat für die Landtagswahl, Landtagskandidat Sebastian Maier (2. von rechts) und Bundestagsabgeordneter Dr. Sascha Raabe (2. von links) sind sich einig: Das Thema Infrastruktur ist sträflich vernachlässigt worden.

In Hessen fehlen laut Schäfer-Gümbel in den kommenden sieben Jahren für Sanierung und Modernisierung der Verkehrsadern rund zehn Milliarden Euro. Der Bund müsse für die „Nordmainische“ schnellstmöglich die Finanzierungslücke von 60 Millionen Euro schließen, zeigte das SPD-Trio gemeinsam mit dem Ersten Kreisbeigeordneten Dr. André Kavai, der IHK und Bürgern am Bahnhof Maintal-Ost in Dörnigheim Flagge. Angesichts eines dramatischen Zuwachses des Verkehrsaufkommens im Ballungsraum Rhein-Main könne man sich keine Verzögerung mehr leisten. Die Hinhaltepolitik von Verkehrsminister Peter

Ramsauer (CSU) sei vor allem deshalb nicht nachvollziehbar, so Raabe, weil aus zwei Infrastrukturbeschleunigungsprogrammen des Bundes noch Mittel von über einer Milliarde Euro zur Verfügung stehen. Maintals SPD-Chef Maier, der Schäfer-Gümbel zum zweiten Mal in der Stadt begrüßen durfte, erachtet den Bau der „Nordmainischen“ als Voraussetzung, um den Bahnhof in Dörnigheim wiederzubeleben und mit Gastronomie und mehr zum „Eingangstor und Visitenkarte“ der Stadt zu machen.



Dr. Sascha Raabe, MdB

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Meldung vom 2.9.2013

Dr. Sascha Raabe zollt Jugendfeuerwehr Steinheim Respekt und Anerkennung



„Ich wünsche ihnen die Anerkennung, die sie verdienen“, schloss ich Bundestagsabgeordneter Dr. Sascha Raabe der Schar der Gratulanten zum 50-jährigen Bestehen der Jugendfeuerwehr Hanau-Steinheim an. In der Jugendfeuerwehr würden wichtige Werte vermittelt, die später im Berufsleben von Vorteil seien, so der SPD-Politiker. Viele junge Menschen hätten bei der Feuerwehr eine zweite Heimat gefunden. Der ehrenamtlichen ausgeübte Schutz der

Bürger, der Einsatz bei Feuer, Unfällen und Katastrophen stehe an erster Stelle. „Darüber hinaus leisten die Brandschützer sehr gute und wichtige Integrationsarbeit. Junge Menschen werden akzeptiert, lernen im Team zu arbeiten und Verantwortung zu übernehmen“, sagte Raabe und schloss mit einem großen Lob: „Unser Gemeinwesen wäre ohne sie nichts.“

Von den 42 Aktiven der Wehr Hanau-Steinheim stammen 22 aus dem eigenen Nachwuchs. Aktuell besteht die Jugendfeuerwehr aus 17 Mädchen und Jungen im Alter von zehn bis 17 Jahren. An den zweitägigen Feierlichkeiten, die einhergingen mit dem „1. Steinheimer Jugendfeuerwehrtag“, konnten Vereinsvorsitzender Dieter Idesheim und Wehrführer Benjamin Göhlich auch Vertretungen der acht Steinheimer Feuerwehren aus ganz Deutschland und Luxemburg begrüßen.

Kontakt:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756

